



Ausschuß für Migrationsangelegenheiten

23. Sitzung (nicht öffentlich)

27. November 1997

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 12.05 Uhr

Vorsitz: Christiane Bainski (GRÜNE)

Stenograph: Walther Hezel

Verhandlungspunkte, Beschlüsse und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1998 (Haushaltsgesetz 1998)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/2400

Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Kap. 07 060 und 07 510

Vorlage 12/1500

1

Die Anträge der Koalitionsfraktionen zu den folgenden Positionen werden mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN bei Enthaltung der Vertreter der CDU **angenommen:**

Kap. 07 060

Tit. 684 63 (ggf. 653 63) - Ansatzerhöhung um 500 000 DM
Anlage 1

Tit. 547 64 - Ansatzerhöhung um 130 000 DM
Anlage 2

Tit. 653 64 - Ansatzerhöhung um 120 000 DM
Anlage 3

Zu den nachstehenden Haushaltspositionen billigt der Ausschuß die Kürzungsanträge der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Vertreter der CDU mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN:

Kap. 07 060

Tit. 643 70 - Anlage 4

Kap. 07 510

Tit. 547 70 - Anlage 5

Tit. 681 20 - Anlage 6

In der **Gesamtabstimmung** werden die Kapitel 07 060 und 07 510 des Einzelplans 07, soweit der Migrationsausschuß dafür zuständig ist, mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU entsprechend dem Haushaltsentwurf mit den dazu beschlossenen Änderungen **angenommen**.

Die erläuternden Darlegungen Minister Dr. Horstmanns zu der - noch zu verteilenden - **Ergänzungsvorlage** des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1998 werden vom Ausschuß zur Kenntnis genommen und erörtert. - Kein Beschluß.

2 Umsetzung der Visumpflicht

Sachstandsbericht des Innenministeriums

6

Der Migrationsausschuß nimmt den von Ministerialrat Münzer (IM) erstatteten Sachstandsbericht des Innenministeriums über die Auswirkungen der am 10.04.1997 wirksam gewordenen Visumpflicht entgegen und diskutiert darüber.

3 Verbesserung der Integration von zugewanderten jungen Menschen

Vorlagen 12/1234 und 12/1759 sowie Information 12/364

Bericht des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales

10

Minister Dr. Horstmann gibt einen ausführlichen Bericht, über den der Ausschuß in seiner Sitzung am 12. März 1998 debattieren will.

4 "Ausländerkriminalität" - Konstrukt und Wirklichkeit/Mögliche Ursachen für Kriminalität und politische Handlungskonzepte

Der Ausschuß für Migrationsangelegenheiten wird den Bericht zu Beginn seiner öffentlich durchzuführenden Expertenbefragung in einer gemeinsamen Sitzung mit Innen- und Rechtsausschuß am 29. Januar 1998 entgegennehmen.

5 Qualifizierte Unterrichtsangebote für Migrantenkinder sichern und weiterentwickeln

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 12/2552

13

Die federführende Behandlung dieses Antrags sieht der Migrationsausschuß nach den Erörterungen der mitberatenden Ausschüsse für Schule und Weiterbildung sowie für Kinder, Jugend und Familie in seiner Sitzung am 12. März 1998 vor.

Aus der Diskussion

Zu Sitzungsbeginn begrüßt **Vorsitzende Christiane Bainski** Minister Dr. Horstmann, den wiedergewählten Abgeordneten Heinrich Meyers sowie Herrn Lohmeyer, den neuen Vorsitzenden des Landesbeirats für Vertriebene und Flüchtlinge, der mit Einverständnis der Ausschußmitglieder künftig zu den Sitzungen des Migrationsausschusses eingeladen werden soll.

Zur Abwicklung der Tagesordnung schlägt die Vorsitzende vor, **TOP 4** (Bericht des Justizministeriums zur Strafvollzugsstatistik) wegen Erkrankung des Hauptreferenten erst am **29. Januar 1998** in der gemeinsamen Sitzung mit Innen- und Rechtsausschuß vor der in Aussicht genommenen Expertenbefragung zu behandeln. - Hiermit ist der **Ausschuß** einverstanden.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1998 (Haushaltsgesetz 1998)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/2400

Einzelplan 07 - Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Kap. 07 060 und 07 510

Vorlage 12/1500

Vorsitzende Christiane Bainski verweist einleitend auf die Änderungsanträge von SPD und GRÜNEN Anlagen 1 bis 6.

Zu grundsätzlichen Problemen des Haushalts im Bereich Migration betont **Oliver Wittke (CDU)**, seine Fraktion vertrete die Auffassung, bei den vom Ausschuß zu beratenden Etatpositionen würden falsche Akzente gesetzt, insbesondere in Bereichen, in denen viel Geld für Personal ausgegeben, für die Integration von Ausländern/innen und Aussiedlern/innen vor Ort jedoch nichts getan werde. Das Landeszentrum für Zuwanderung und die zusätzlichen Stellen beim Migrationsreferat halte die CDU für überflüssig; die hierfür angesetzten Mittel stünden jedoch nicht mehr zur Deckung anderer Maßnahmen zur Verfügung, weil der Ausschuß schon vor zwei Jahren entsprechende Grundsatzentscheidungen getroffen habe. Aber auch an anderer Stelle könnten keine Deckungsvorschläge für Aktivitäten gemacht werden, die die CDU gern initiieren würde. Die Oppositionsvertreter lehnten daher den Bereich "Migration" des Landeshaushalts ab, ohne eigene Anträge dazu stellen zu können.

Die Koalitionsfraktionen hätten in der Migrationspolitik die richtigen Akzente gesetzt, betont **Vera Dedanwala (SPD)**. Sie hätten sich bemüht, in den letzten drei Jahren aus institutionalisierter Arbeit heraus mehr an gezielter Projektstätigkeit für Organisationsgruppen usw. zu leisten, ohne den Haushalt auszuweiten. Der Finanzmangel zwinge dazu, erfinderisch zu werden, um auch neue Aufgaben bewältigen zu können. Das Landeszentrum für Zuwanderung sei keineswegs überflüssig, sondern eine der wesentlichen Stützen, um Schwerpunkte der Tätigkeit in den kommenden Jahren zu dokumentieren. Leider sei das Landeszentrum heute noch nicht in der Lage, den Ausschuß umfassend zu beraten. Voraussichtlich werde in Zukunft innerhalb der Bevölkerung wie der politischen Gremien eine andere Denkweise zur Migration Platz greifen. Die künftige Hilfestellung durch das Landeszentrum sei zu begrüßen. Der von der SPD hier eingeschlagene richtige Weg werde mit den heute zu stellenden Anträgen konsequent fortgeführt.

Darauf erwidert **Oliver Wittke (CDU)**, es gehe nicht an, die Integration der Aussiedler/innen als "Steinbruch" zu nutzen, um mit den dort gekürzten Mitteln andere Akzente zu setzen. Eine solche Politik sei alles andere als kreativ; die CDU werde sich daran nicht beteiligen.

Namens der GRÜNEN-Fraktion vertritt **Vorsitzende Christiane Bainski** die Meinung, man sollte die positive Wirkung nicht unterschätzen, wenn Migranten/innen mit wichtigen Funktionen in der Landesverwaltung betraut würden. Hierdurch werde auch Know-how für die Politikberatung zur Verfügung gestellt. In diesem Rahmen komme dem Landeszentrum wie dem Migrationsreferat erhebliche Bedeutung zu. Die GRÜNEN unterstützten ferner die LAGA als Interessenvertretung auf Landesebene und vielfältige weitere Projekte. Deswegen weist Frau Bainski die hiergegen gerichteten CDU-Vorwürfe zurück.

Es sei wichtig, mehr Migranten/innen im öffentlichen Dienst des Landes zu beschäftigen als bisher, räumt **Oliver Wittke (CDU)** ein. Dabei gehe es aber um den Weg zu diesem Ziel; hier böte sich keineswegs allein die Möglichkeit von Stellenausweitungen. - Darauf entgegnet **Vorsitzende Christiane Bainski**, die benötigten Stellen seien nicht zusätzlich, sondern durch Umwidmung innerhalb des bestehenden Rahmens geschaffen worden. Des weiteren habe die Landesregierung u. a. bei Polizei, Strafvollzug usw. Initiativen entwickelt.

Der Ausschuß befaßt sich nunmehr mit den vorliegenden **Änderungsanträgen** der Fraktionen von SPD und GRÜNEN.

Antrag 1 zu Kap. 07 060 Tit. 684 63
(Zuschüsse an "Gemeinden [GV]" gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit)

Den Koalitionsfraktionen gehe es bei ihrem Antrag auf Ansatzerhöhung um 500 000 DM nicht um die Bekämpfung von Ausländer-, sondern von Fremdenfeindlichkeit, hebt **Vera Dedanwala (SPD)** hervor. Das Gefühl des Fremdseins empfinde die Bevölkerung durchaus auch gegenüber Spätaussiedlern. Es gelte, eine Konzeption für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf zur Nutzung von Potentialen zwecks Bekämpfung der Fremdenfeindlichkeit zu finden; dafür sollten geeignete Maßnahmen auf den Weg gebracht werden.

Hier handele es sich um einen Schauantrag, glaubt **Oliver Wittke (CDU)**; denn Titel 684 63 mit dem Titelansatz von 1,2 Millionen DM beziehe sich nicht auf Zuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände, sondern an freie Träger. Um der Begründung gerecht zu werden, müßte Haushaltsstelle oder Zweckbestimmung geändert werden. Der bei der Antragstellung unterlaufene Fehler lasse die Motivation der Koalitionsanträge deutlich werden.

Vera Dedanwala (SPD) entgegnet, die Kräfte, die einen Stadtteil mit fachlicher Begleitung aus der Lethargie herausführen könnten, brauchten nicht bei der Kommune selbst angesiedelt zu sein. Den Hinweis Oliver Wittkes, entweder sei mit dem Antrag Titel 684 63 für freie Träger mit Ansatz von 1,2 Millionen oder aber Titel 653 63 für die Kommunen ohne Ansatz gemeint, bezeichnet **Minister Dr. Horstmann** als nicht erheblich, da beide Haushaltspositionen gegenseitig deckungsfähig seien.

Als zusätzliche Begründung seiner Behauptung, es handele sich um einen Schauantrag, führt **Oliver Wittke (CDU)** an, 1996 habe der Ansatz bei Tit. 684 63 ebenfalls 1,2 Millionen DM betragen; die Ausgaben beliefen sich auf lediglich 825 000 und im Jahr davor auf 774 000 DM. In diesem Bereich solle mehr geschehen, zuallererst jedoch durch Ausschöpfung der vorhandenen Haushaltsansätze; eine Erhöhung um 500 000 DM diene nur der Schau. Die CDU-Fraktion werde sich auch nach Korrektur dieses haushaltstechnisch unrichtigen Antrags der Stimme enthalten.

Der **Ausschuß** entscheidet über den Änderungsantrag vorbehaltlich einer möglichen Titelkorrektur; der Antrag Nr. 1 wird bei Enthaltung der Vertreter der CDU mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN **angenommen**.

Auch den **Antrag 2** - Kap. 07 060 Tit. 547 64 (Veranstaltungen zur Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer und Flüchtlinge) - beschließt der **Ausschuß** bei Enthaltung der CDU mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN.

Antrag 3 - Kap. 07 060 Tit. 653 64

(RAA, Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern aus Zuwandererfamilien)

Namens der Koalitionsfraktionen trägt **Vera Dedanwala (SPD)** vor, das Netz der RAA in Nordrhein-Westfalen solle durch eine zusätzliche Arbeitsstelle verdichtet werden. Mit dem Antrag werde das erforderliche Personal bereitgestellt. - **Vorsitzende Christiane Bainski** merkt an, die dazugehörenden beiden Stellen für Lehrer/innen seien gestern im Schulausschuß beschlossen worden. Damit seien die Voraussetzungen für eine weitere RAA gegeben - möglicherweise auch unter Einsatz von Migranten/innen.

Der **Ausschuß** billigt den Antrag gleichfalls mit Mehrheit bei Enthaltung der CDU.

Zu den **Anträgen 4, 5 und 6** (Kürzung der Ansätze bei dem Tit. 643 70 des Kap. 07 060 und der Tit. 547 10 und 681 20 des Kap. 07 510) wiederholt **Oliver Wittke (CDU)**, die Integration von Aussiedlern/innen werde als "Steinbruch" für andere Aufgaben benutzt. Die hier vorgenommenen massiven Kürzungen betreffen auch die Unterbringung bosnischer Bürgerkriegsflüchtlinge. Diese Schwerpunktsetzung werde von der CDU nicht mitgetragen; sie stimme deshalb gegen diese drei Anträge.

Die Kürzungen seien zwar bedauerlich, aber zu verantworten, versichert **Vera Dedanwala (SPD)**. Das Ministerium möge sich zu der Frage äußern, ob die Kürzung durch Antrag 4 um 500 000 DM bei Tit. 643 70 des Kap. 07 060 vertretbar sei. Das gleiche Ersuchen gelte für die Kürzungen durch die Anträge 5 und 6. - Dazu bemerkt **Minister Dr. Horstmann**, die in Betracht kommenden Anträge hätten mit bosnischen Bürgerkriegsflüchtlingen nichts zu tun. Der Zuzug von Spätaussiedlern in 1997 liege unter den Planungsdaten bei Haushaltsaufstellung; die Festsetzung sei bedarfsgerecht.

Der **Migrationsausschuß** billigt die Anträge von SPD und GRÜNEN mit den Stimmen der Vertreter der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU.

In der **Schlußabstimmung** werden die Kap. 07 060 und 07 510 des Einzelplans 07, für die der Migrationsausschuß zuständig ist, unter Berücksichtigung der bereits beschlossenen Änderungen mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **angenommen**. -

Zur **Ergänzungsvorlage** des Finanzministers für den Haushalt 1998 teilt **Minister Dr. Horstmann** mit, diese Vorlage werde dem Landtag noch zugehen. Die Ergänzungsvorlage werde eine wesentliche, den Zuständigkeitsbereich des Migrationsausschusses betref-

fende Änderung des Einzelplans 07 enthalten: In Tit. 643 10 des Kap. 07 060 gehe es um Kostenpauschalen gemäß § 4 des Flüchtlingsaufnahmegesetzes. Es werde die Erhöhung des Ansatzes von rund 100 Millionen DM um 30 Millionen DM vorgeschlagen. Der Mehrbetrag sei zur Erstattung an die Gemeinden für die in Zugkontingenten eingereisten Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina bestimmt; die Mittelverwendung für diesen Zweck sei verbindlich. Diese Bürgerkriegsflüchtlinge seien 1992 in Kontingenten im Rahmen einer humanitären Aktion eingereist; 80 % von ihnen hielten sich heute noch in Deutschland auf. Den Gemeinden würden die Kosten dafür pauschaliert vom Land ohne Rücksicht darauf ersetzt, daß der Bund im vergangenen Jahr seine 50 %-Förderung der Kosten eingestellt habe. Das Land trete für diese Ausfälle ein.

Eine weitere, nicht finanzwirksame Veränderung in der Ergänzungsvorlage enthalte einen Deckungsvermerk: Im Zuge des Modellversuchs "Budgetierung des Haushalts" in der Landesstelle Unna-Massen würden weitere gegenseitige Deckungsfähigkeiten von Ausgabestellen eingerichtet.

Diese Information komme recht spät, meint dazu **Oliver Wittke (CDU)**; sie hätte auch zu Beginn der Haushaltsberatungen in diesem Ausschuß gegeben und schon bei Haushaltseinbringung berücksichtigt werden können. - Zu der Budgetierung im Bereich der Landesstelle bemerkt der CDU-Vertreter, wenn auch dieser Bereich als "Steinbruch" für andere Zwecke genutzt werde, wolle seine Fraktion das nicht mittragen. Der zuständige Fachausschuß sollte die Mittelverwendung konkret mitbeschließen. Letztlich trage das Parlament Verantwortung für den Haushalt und nicht die Regierung. - Für die Rückführung bosnischer Bürgerkriegsflüchtlinge seien allein die Länder verantwortlich. Wenn Nordrhein-Westfalen die Rückführung nicht in dem angebrachten Umfang gelungen sei, müsse es auch die Kosten dafür tragen. - Auch er habe sich über die Ausweisung von 30 Millionen DM gefreut.

Vera Dedanwala (SPD) bedauert, daß die Bundesregierung die Mittel zur Finanzierung von Sprachkursen für Aussiedler/innen gekürzt habe. Das Land versuche, auf allen Ebenen eine Gleichbehandlung zu erreichen. Den Begriff "Steinbruch" möchte Frau Dedanwala nicht mehr hören, da er die Landespolitik auf diesem Gebiet nicht kennzeichne. Aufenthalts- und Rückführungskosten für bosnische Bürgerkriegsflüchtlinge dürften nicht miteinander verquickt werden. Es gebe eine bundeseinheitliche Regelung, die Rückführung nicht auf einmal zu vollziehen. In diesem Fall hätte die Bundesregierung die Aufenthaltskosten zum Teil mittragen müssen, was sie jedoch abgelehnt habe. - Verzögerungen bei der Flüchtlingsrückführung, merkt **Dorothea Reder (GRÜNE)** an, gingen nicht zuletzt auf die Verhältnisse in Bosnien selbst zurück.

Wenn die Landesregierung die Kostenbelastung durch die Bürgerkriegsflüchtlinge hätte vorhersehen können, äußert **Minister Dr. Horstmann**, hätte der Bundesinnenminister die Einstellung der Bundeszahlungen nicht mit dem Rückführungsbeschluß begründen dürfen. Hier handele es sich um die schwierigste Gruppe exjugoslawischer Flüchtlinge. Der Bund habe das solidarische Verhalten von Gemeinden in der Bundesrepublik und in Nordrhein-

Westfalen gegenüber diesen Flüchtlingen mit mangelnder Solidarität gegenüber den Gemeinden beantwortet. Nordrhein-Westfalen könne schließlich nicht Ausfallbürge für entfallende Leistungen des Bundes sein. Ausnahmsweise sei das Land hier bereit, die Gemeinden von den Kosten freizustellen, da diese für ihr soziales Verhalten nicht bestraft werden dürften. Es gehe um Menschen mit schwierigen Schicksalen; auch 1998 würden noch zahlreiche von ihnen in Deutschland bleiben, wofür es gute Gründe gebe. NRW habe sich zu dieser eigenständigen Maßnahme gegenüber den Gemeinden entschlossen. - Kein Verständnis hat der Minister für die Kritik Oliver Wittkes an der gegenseitigen Deckungsfähigkeit einzelner Titel bei der Landesstelle Unna-Massen. Die Landesstelle habe jahrelang den dringendsten Versorgungsbedarf von Flüchtlingen erfüllt; sie müsse nun in die Lage versetzt werden, etwas für die Integration dieses Personenkreises in Deutschland zu tun. Unna-Massen sei keine "Verteilungsmaschinerie". Im übrigen sei angesichts der Haushaltslage notwendig, daß die Landesstelle selbst die Chance erhalte, in eigener Beurteilung zu entscheiden, wofür sie die knappen Mittel einsetze.

Selbstverständlich sei die CDU froh über die Bereitstellung der 30 Millionen DM in der Ergänzungsvorlage für die Kommunen, erklärt **Oliver Wittke (CDU)**. Es sei zu hoffen, daß diese Mittel ausreichen und die Gemeinden nicht auf ihren Kosten sitzenblieben. Schließlich hätten die Gemeinden bei unterbleibender Kostenerstattung durch das Land mit Klage gedroht; zur Vorbeugung seien die 30 Millionen DM beschlossen worden. - Dem widerspricht **Minister Dr. Horstmann**. Das Land hätte seine Zahlungen nach drei Jahren einstellen können und leiste sie jetzt freiwillig weiter.

Die Frage von **Georg Gregull (CDU)**, ob der Zuständigkeitsbereich des Ausschusses in Einzelplan 07 auch von globalen Minderausgaben betroffen sei, wird von **Minister Dr. Horstmann** verneint. Allerdings werde eine Deckung für die ausgewiesenen Mehrausgaben von 30 Millionen DM benötigt. Für den Einzelplan 07 seien insgesamt drei Ausschüsse zuständig. Die globale Minderausgabe gelte für den Gesamtbereich des Einzelplans und umfasse etwa 118 Millionen DM. - Keine weiteren Anmerkungen.

2 Umsetzung der Visumpflicht

Sachstandsbericht des Innenministeriums

Der den Bericht erstattende **Ministerialrat Münzer (Innenministerium)** führt aus:

In der 19. Sitzung des Ausschusses für Migrationsangelegenheiten baten Sie mich um Bericht über die Auswirkungen der am 10.04.1997 wirksam gewordenen Visumpflicht für Kinder unter 16 Jahren aus den ehemaligen Anwerbestaaten.

Änderungsantrag zum Einzelplan 07

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Arbeitskreis)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungs- ergebnis
1	SPD-Fraktion Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	<p>Kapitel 07 060 Landesmaßnahmen für Spätaussiedler, ausländische Arbeitnehmer und deren Angehörige sowie für ausländische Flüchtlinge</p> <p>TG 63 Förderung von Maßnahmen und Initiativen gegen Diskriminierung und zur Bekämpfung der Fremdenfeindlichkeit</p> <p>Titel 684 63, Zuschüsse für laufende Zwecke an Gemeinden und Gemeindeverbände, S. 220</p> <p>bar</p> <p>von 1 200 000</p> <p>Erhöhung um 500 000</p> <p>auf 1 700 000</p> <p><u>Umbenennung des Titels:</u></p> <p>Förderung von Maßnahmen und Initiativen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung sowie zur friedlichen Konfliktregelung in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf</p> <p>Deckung durch Antrag Nr. 4.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Konflikte im Zusammenleben zwischen Alteingesessenen und Zugewanderten treten vor allem in Stadtteilen mit schwacher sozialer Struktur auf. Die Fraktion von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben deshalb ein integriertes Konzept für die Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf gefordert. Ergänzend zu den bereits bestehenden Ansätzen, mit denen unterschiedliche Zielgruppen je für sich angesprochen werden, sind zunehmend Initiativen erforderlich, die zielgruppenübergreifend das Quartier, die Nachbarschaft, den Stadtteil als Ganzes begreifen und erreichen. Dafür sollen in den vom MAGS zu entwickelten Maßnahmen in zunächst bis zu fünf Modellstandorten eine fachliche Beratung eingerichtet werden, die den jeweiligen spezifischen Bedingungen im Stadtteil entsprechend Selbsthilfepotentiale entwickelt und Aktivitäten entfaltet.</p>	

TISCHVORLESUNG 27.11.97 (TOP 1)
 Fürsorge für Migrantenangehörige

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Arbeitskreis)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungs ergebnis
2	SPD-Fraktion Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	<p>Kapitel 07 060 Landesmaßnahmen für Spätaussiedler, ausländische Arbeitnehmer und deren Angehörige sowie für ausländische Flüchtlinge</p> <p>TG 64 Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer/innen und Migrant-en/innen</p> <p>Titel 547 64 Sächliche Verwaltungsaufgaben, S. 222</p> <p>UT 5 Veranstaltungen und Informationsmaßnahmen, S. 223</p> <p>von 500 000</p> <p>Erhöhung um 130 000</p> <p>auf 630 000</p> <p>Deckung durch Anträge Nr. 5 und Nr. 6.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Erhöhung der Zuschüsse für das Zentrum für Türkeistudien (Festbetragsförderung)</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Arbeitskreis)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis						
3	SPD-Fraktion Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	<p>Kapitel 07 060 Landesmaßnahmen für Spätaussiedler, ausländische Arbeitnehmer und deren Angehörige sowie für ausländische Flüchtlinge</p> <p>TG 64 Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer/innen und Migrant-en/innen</p> <p>Titel 653 64 Zuweisungen für laufende Zwecke an Gemeinden und Gemeindeverbände, S. 222</p> <p>UT 6 Regionale Arbeitsstellen und Hauptstelle, S. 223</p> <table data-bbox="662 1176 774 1646"> <tr> <td>von</td> <td>4 290 000</td> </tr> <tr> <td>Erhöhung um</td> <td>120 000</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>4 410 000</td> </tr> </table> <p>Deckung durch Anträge Nr. 5 und Nr. 6.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Förderung einer weiteren RAA.</p>	von	4 290 000	Erhöhung um	120 000	auf	4 410 000	
von	4 290 000								
Erhöhung um	120 000								
auf	4 410 000								

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungs ergebnis
4	SPD-Fraktion Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	<p>Kapitel 07 060 Landesmaßnahmen für Spätaussiedler, ausländische Arbeitnehmer und deren Angehörige sowie ausländische Flüchtlinge</p> <p>TG 70 Erstattungen und Zuweisungen an Gemeinden für Übergangsheime</p> <p>Titel 643 70 Kostenpauschalen gemäß § 9 Abs. 2 Landesaufnahmegesetz, S. 224</p> <p>von 131 000 000</p> <p>Kürzung um 500 000</p> <p>auf 130 500 000</p> <p>Deckung für Antrag Nr. 1.</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Arbeitskreis)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungs- ergebnis
6 5	SPD-Fraktion Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	<p>Kapitel 07 510 Landesstelle für Aussiedler, Zuwanderer und ausländische Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen Titel 547 10 Sächliche Verwaltungsausgaben, S. 604</p> <p>von 1 857 300 Kürzung um 100 000 auf 1 757 300</p> <p>Deckung für Anträge Nr. 2 und Nr. 3.</p>	

Änderungsantrag zum Einzelplan 07

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Arbeitskreis)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungs- ergebnis
56	SPD-Fraktion Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	<p>Kapitel 07 510 Landesstelle für Aussiedler, Zuwanderer und ausländische Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen Titel 681 20 Beförderungskosten für Bewohner der Landesstelle; S. 606</p> <p>von 400 000 Kürzung um 150 000 auf 250 000</p> <p>Deckung für Anträge Nr. 2 und Nr. 3.</p>	